

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bsh., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radewormwald, Breckersfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 106

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage
Bezugspreis: Monat 3.— Mk., vierteljährlich 9.— Mk.,
auschl. Postgebühren.

Halver
Samstag, den 8. Mai.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklamenteil 1 mm hoch
90 mm breit 60 Pfg.

20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- In einer Note an die Entente fordert die Reichsregierung, daß uns ein bestimmter Teil unserer Handelsflotte belassen werden müsse, wenn nicht Deutschland zugrunde gehen soll.
- Die Wählerlisten zur Reichstagswahl müssen vom 9. bis 16. Mai ausgelegt werden.
- Nach einer Bekanntgabe in der Sitzung der Gewerkschaften in Berlin wird die Neuwahl des Reichspräsidenten in der ersten Augustwoche abgehalten.
- Das württembergische Zentrum hat beschlossen, Eraberger als Reichstagskandidat aufzustellen.
- Der Münchener Stadtrat hat als Protest gegen die Reichs-Brotbewirtschaftung die neue Brotpreiserhöhung für München abgelehnt.
- Der schweizerische General Wille spricht sich entschieden gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund aus.
- Die Stadt Batu ist nach kurzer Beschießung durch die Sowjettruppen übergeben worden. Es befinden sich 8900 Mann von der Roten Armee in der Stadt, außerdem steht eine Truppenabteilung in Kachemas in der Nähe der Eisenbahnlinie Batu—Tiflis.

Spiel mit dem Feuer.

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Links von der Sozialdemokratie, der alten Liebknecht- und Bebelgemeinschaft, haben sich im Laufe der letzten Jahre so viele neue Parteien aufgetan, daß es jedem Nichtfachmann für politische Eigenbrödeln einigermaßen schwer fallen muß, ihre unterschiedlichen Richtlinien festzustellen. International gefinnt sind sie alle, das weiß man; warum sie sich trotzdem gegenseitig bis aufs Blut bekämpfen, das ist zum Teil das Geheimnis weniger Führer. Nur die K. M. P. D. — die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands — das vorläufig letzte Glied in der Kette unserer sozialistischen Parteien, macht aus ihrem inneren Herzen keine Mördergrube: sie ist so leidenschaftlich antikapitalistisch und so leidenschaftlich international gefinnt, daß sie selbst einen neuen Krieg nicht scheuen würde, um die kapitalistische Bourgeoisie in ganz Europa endgültig zu entthronen. Das ist ein Gedanke, dem, wie sich die Verhältnisse in den besetzten wie in den freien Ländern nun einmal entwickelt haben, eine gewisse Verführungsstärke für naive Gemüter nicht abzusprechen ist, und deshalb lohnt es sich, ihn näher ins Auge zu fassen. Für diese Schwärmer ist Rußland, ist Sowjet-Rußland das Land der Verheißung. Dort gibt es zwar längst keine Arbeiter- und Soldatenräte mehr, aber dafür um so zahlreichere Kofal- und Zentralkomitees, die in mehr oder weniger diktatorischer Natur gewählt und gebildet, eine Gewalt Herrschaft ausüben. Da jetzt aus verschiedenen Ländern Untersuchungskommissionen nach Rußland abgehen, wird man ja wohl bald einmal zuverlässige Nachrichten über den Stand der Dinge erhalten. Was die Sowjetmänner an Berichten über ihre Regierungskünste bisher ins Ausland gelangen ließen, war alles andere eher als vertrauenswürdig. In Wahrheit ist ihnen die Not bis zum Hals gestiegen, und sie sehen keine andere Rettung als sich — auf ihre Weise — mit Deutschland zu verbinden, um damit ihr Herrschaftsbereich erst einmal bis zum Rhein auszuweiten. Zu gleicher Zeit bemühen sie sich zwar um Friedensverträge mit den Entente-Staaten, aber das geschieht doch nur mit so durchsichtigen Hintergedanken, daß England sowohl wie Frankreich ihr nur zu erklärliches Mißtrauen bisher nicht überwinden konnten. In Deutschland dagegen haben die Gedanken und Absichten der Moskauer Weltbeglückter verhältnismäßig leicht Eingang gefunden. Die Mehrheitssozialdemokraten sind zwar, trotz allen Liebgelens derer um Scheidemann, von ihnen längst zum alten Eisen geworfen, und jetzt hat auch schon der rechte Flügel der Unabhängigen von ihnen eine tröstliche Abweisung erhalten. Und so freudiger leisten ihnen die Kommunisten Gefolgschaft, und hier namentlich der äußerste linke Flügel, der sich kürzlich vom Spartakusbund der Liebknecht und Rosa Luxemburg als eigene K. M. P. D. abgespalten hat. Diese Leute kennen nur das eine Ziel: dem russischen Bruder die Hand zu reichen, um mit ihm vereint, nach Ausrückung der proletarischen Diktatur in Deutschland, den französischen und den englischen Kapitalismus über den Haufen zu rennen. Also — wie soll man sagen — kriegerische Pazifisten, die wirklich ernst damit machen wollen, nach dem schon völlig zerfallenen deutschen Militarismus auch denjenigen seiner Befieger unschädlich zu machen. Sie müssen zugeben, daß dieser nach dem furchtbaren Ausgang des Krieges noch ungleich gefährlicher geworden ist als der deutsche es jemals gewesen ist, und sie sehen ein, daß die deutsche Arbeiterschaft zu einem Sklavenleben verurteilt ist, wenn die Machtverhältnisse in der Welt so verteilt bleiben, wie der Versailler Vertrag sie festgelegt hat. Wenn man will, schaut also hier eine Art von nationaler Gesinnung heraus, die ja auch manchen rechtsstehenden Politiker und Soldaten, da gar kein anderer Ausweg mehr aus ihrer entsetzlichen Lage sich zu bieten scheint, für ein Zusammengehen mit diesen sogenannten National-Bolschewisten eingenommen hat. In Wahrheit haben wir es hier lediglich mit Hirngespinnsten verfeinerter Köpfe zu tun, die vor lauter Idealismus die Welt nicht sehen, in der sie leben und wirken müssen. Wenn sich bei uns nur der geringste Anlaß zur Verwirklichung dieser Pläne zeigte, würden Englands Flotte und Frankreichs Flotte sofort zur Stelle sein, um uns jeden Gedanken an die Weltrevolution gründlich auszutreiben. Wollen sie schon mit dem russischen Bolschewismus keinerlei Verührung haben, den Deutschen würden sie unarmherzig mit Stumpf und Stiel ausrotten, sowie er von Worten zu Taten übergehen wollte. Das ist so sonnenklar, daß es eigentlich auch kommunistische Friedenskrieger begreifen müßten.

Auf die Zusammenhänge hat soeben auch General Rubendorff, in seiner klandlichen Einsamkeit von einem amerikanischen Verleumdungsblätter aufgespürt, mit warnenden Worten hingewiesen: Das Sowjetrußland, sagte er, könne sich auf die Dauer nicht in Rußland halten; wenn Deutsch-

land nicht ebenfalls radikal werde, und daher verfolge die Sowjetregierung dieses Ziel mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Seine Warnung sollte wenigstens bei denjenigen deutschen Offizieren offene Ohren finden, die immer noch den Gedanken an ein Zusammengehen mit den National-Bolschewisten nicht aufgeben wollen. Sie spielen mit einem Feuer, dessen Glut, einmal entfacht, uns rettungslos vernichten würde.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

• Über die Neuordnung des Kriegsvorsorgungswesens werden folgende Angaben gemacht: Die Zahl der Versorgungsberechtigten beträgt 1 1/2 Millionen. Eine Million Renten sind bereits festgelegt und 400 000 Rentenanträge müßten abgelehnt werden. Der monatliche Zugang an neuen Rentenanträgen beträgt immer noch 50 000. Zwei Millionen Deutsche sind gefallen; 1,8 Millionen Kriegervwitwen und Kriegervväter sowie 600 000 sonstige Hinterbliebene sind vorhanden. Die Gesamtzahl der an der Kriegerversorgung oder sozialen Fürsorge beteiligten Volksgenossen beträgt 5 1/2 Millionen, also 10 % der gesamten Bevölkerung. Der Jahresaufwand an Renten wird vier Milliarden übersteigen. Dazu kommt noch der Aufwand für soziale Fürsorge mit jährlich mindestens 300 Millionen. Die Bewältigung der Riesenaufgabe obliegt den Versorgungsbehörden. Es gibt künftig 308 Versorgungsämter zur Festsetzung der Renten. 70 000 Kriegsteilnehmer liegen noch in den Lazaretten.

• Der Zusammentritt des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erfolgt binnen zwei Monaten nach der erfolgten Verkündung der Verordnung über sein Inkrafttreten, die in den nächsten Tagen bevorsteht. Die Sitzungen sind öffentlich. Nur mit Zweidrittelmehrheit kann auf Antrag von avanziert Mitgliedern die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

• Neue Ententebotschafter für Berlin. Der Pariser „Temps“ bestätigt, daß Ministerialdirektor Maurice Herbelte zum Botschafter in Berlin in Aussicht genommen ist, und daß England, Italien und Frankreich die Absicht haben, in kürzester Frist in Berlin Botschafter zu ernennen, jedenfalls im Monat Juni, kurz nach den Reichstagswahlen.

• Generalstreik und Lohnzahlung. Die Meldung, dem Reichsrat sei eine Vorlage zugegangen, durch die den Arbeitnehmern eine billige Entschädigung für den Lohnausfall während des Kapp-Putschs — also bis zum Donnerstag, 18. März — gewährt werden soll, wird bestätigt. Zur Begründung wird auf die besonderen Verhältnisse hingewiesen, die den Generalstreik begründeten, sowie auf den Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die an die Unternehmer die Aufforderung richtete, aus Billigkeitsgründen den Arbeitern eine Beihilfe zu gewähren. Durch eine Verordnung sollen die Arbeitgeber nunmehr verpflichtet werden, über eine angemessene Entschädigung mit den Betriebsausschüssen sich auseinanderzusetzen. Für den Fall, daß eine Verständigung nicht zustandekommt, soll der für Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis zuständige Schlichtungsausschuss angerufen werden, dem das letzte Wort in dieser Angelegenheit zugewiesen wird.

• Berlin als Bischofssitz. Zu den Verhandlungen über die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin sind solche über die Schaffung eines Bischofssitzes in der Reichshauptstadt gekommen, weil nach kirchlichem Brauch eine Nuntiatur nur an einem Bischofssitz sein soll. Zum Bischof von Berlin ist der Domkapitular Dr. Kaas von Trier, Mitglied der Nationalversammlung, in Aussicht genommen; er hat in München bereits mit dem Nuntius verhandelt.

• Ewige Besetzung Frankfurts? Der „Temps“ meldet, daß der französische Minister am 1. Mai die letzte deutsche Note über die Räumung Frankfurts und des Maingauts abgelehnt habe. Es wurde die prinzipielle Geneigtheit Frankreichs erklärt, die besetzten Städte der neutralen Zone zu räumen, sobald die rückständigen Vertragsverpflichtungen durch Deutschland erfüllt seien. „Journal des Debats“ meldet: Frankreich beantragte beim Rat der Verbündeten, die Besetzung Frankfurts fortzuwahren zu lassen, bis die Verpflichtungen des Versailler Vertrages erfüllt seien.

• Zusammenstoß der Deutschen in Oberschlesien. Nunmehr hat auch das Deutsche in Oberschlesien sich endlich zusammengeschlossen und ein eigenes Plebiszitkommissariat gebildet. Zum Plebiszitkommissar ist der Bürgermeister Dr. Urban-Rohberg ernannt worden. Der Abstimmungskommissar wendet sich in einem Aufruf an die gesamte Bevölkerung Oberschlesiens, in dem er zur Treue gegenüber Deutschland und zur Mitarbeit an der deutschen Sache aufruft. Oberschlesien sei deutsch und müsse es bleiben. Alle Parteikämpfe müssen bis zur Entscheidung ausgeschaltet werden. Es ist beabsichtigt, den Abstimmungskommissar an die Spitze eines noch zu schaffenden großen Abstimmungsapparates zu stellen.

• Zur Besetzung der ersten Zone. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß hinsichtlich der Besetzung der ersten schlesischen Zone nur das Datum für die militärische Besetzung bekannt ist, nämlich der 6. Mai. Das schließt allerdings nicht aus, daß die Dänen auch die Übernahme der Verwaltung schnellstens folgen lassen wollen. Die Zurückziehung der ganzen deutschen Beamtenschaft soll höchstens den Zweck verfolgen, dieser die Existenz zu sichern. Aber das Beamtentabkommen werden die Verhandlungen jetzt wieder aufgenommen, und es ist zu hoffen, daß sie zu einem befriedigenden, die Zukunft unserer Beamten sicherstellenden Ergebnis führen.

Schweiz.

• Eine Stimme gegen den Völkerbund. Der schweizerische General Wille veröffentlicht einen großen Aufsatz zu dem Beitritt der Schweiz zum Völkerbunde. Man könne sich nicht darüber täuschen, daß das Volk einen natürlichen Widerwillen gegen einen Eintritt in den Völkerbund habe, der einen integrierenden Bestandteil des Versailler Gewalt-

friedens bildet. Einweilen bleibt nichts übrig, als die Vorlage zurückzuweisen.

Polen.

• Der polnisch-ukrainische Vormarsch gegen Sowjetrußland stellt sich als das erste Unternehmen einer großangelegten, von der Entente gebilligten, Aktion gegen Sowjetrußland heraus. Ihr Ergebnis ist für die internationale Politik von einer heute noch unübersehbaren Tragweite. Zu der Sache selbst erklärte der ukrainische General in Berlin einem Pressevertreter: „Der gemeinsame Vormarsch der großukrainischen, galizischen und polnischen Truppen gegen die Sowjettruppen in der Ukraine ist das Resultat langer und sorgfältiger Verhandlungen zwischen der ukrainischen Direktorialregierung Petljuras und der polnischen Regierung, die in einem Vertrage niedergelegt sind.“

Aus In- und Ausland.

• Breslau. Der Reichsanwalt hat gegen den Oberbefehlshaber von Breslau, Generalleutnant v. Schmeltow, einen Strafbefehl wegen Hochverrats erlassen. v. Schmeltow hält sich zurzeit verborgen.

• Dresden. Die Volkstammer wählte den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadtrat Bud in namentlicher Abstimmung mit 62 Stimmen zum Ministerpräsidenten. 12 Stimmen entfielen auf den deutschen Nationalen Abgeordneten Hofmann. Bud nahm die Wahl an.

• Paris. Der Vorkriegsrat hat beschlossen, die Volksabstimmung in Teichen um zwei Monate zu verschieben. Sie findet am 12. Juli statt.

• München. Das bayerische Ministerium hat beschlossen, demnächst eine Verordnung zu veröffentlichen, wodurch die Vereidigung der öffentlichen Beamten angeordnet wird.

• London. Eine Meldung aus Moskau zufolge, hat sich Enver Pascha selbst an die Spitze der Bewegung der türkischen Nationalisten gestellt.

Preussische Landesversammlung.

(143. Sitzung.)

11. Berlin, 6. Mai.

Heute stehen die Abstimmungen über die Einwohnerwehren auf der Tagesordnung, nachdem gestern die Gesetzgebung über den Siedlungsverband Ruhrgebiet und über die Bildung von Bodenverbesserungs-Genossenschaften endgültig angenommen worden waren.

Die Abgeordneten haben sich die Absicht, ihre Arbeiten zu Ende zu führen, um in den Wahlkampf eintreten zu können. Fast alle Vorlagen wurden heute ohne Aussprache, z. T. nur mit kurzen Erklärungen, angenommen, so Abänderungen an den Gemeindeabgaben, ein Antrag über die Schweigepflicht der Räte, wonach die Räte verpflichtet werden können, Angaben zu machen über Krankheit und Zustand von Versicherten bei staatlichen sozialen Einrichtungen, ein Gesetzentwurf über die öffentliche Kruppelfürsorge, ein solcher über die Vorbereitung der Gerichtsreferendare, die auf drei Jahre verlängert wird.

Auch der Antrag, für den 20 Milliarden verlangt werden, fand in zweiter und dritter Lesung Annahme, nur die Unabhängigen äußerten sich dagegen. Zustimmung fand ein Antrag sämtlicher Parteien, nach dem Beamten, Staatsarbeiter und Lehrer im besetzten Gebiet besondere Feuerungsanlagen erhalten sollen.

Die Einwohnerwehre.

Das Haus behandelte dann die Anträge über Auflösung und Umwandlung der Einwohnerwehren. Das Haus lehnte mit allen Stimmen gegen die Sozialdemokraten und Unabhängigen die Anträge der Abg. Hoffmann (U. Soz.) und Gieseler (Soz.) ab und nahm hierauf mit demselben Stimmenverhältnis den Antrag der Abg. Dr. Friedberg u. Gen. sowie einen Zusatzantrag des Abg. Kippel (Deutschnat. Wd.) an, wonach die Gemeindebehörden anzuweisen sind, gleichzeitig mit der Auflösung der bisherigen Einwohnerwehren möglichst in Angliederung an die staatliche Sicherheitspolizei und Gendarmerie und zu deren Verfestigung nach Bedarf einen Orts- und Flurschutz einzurichten. Dieser künftige Orts- und Flurschutz darf nicht parteipolitisch zusammengefaßt sein und nicht zu parteipolitischen oder verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden. In den Industrieregionen ist eine Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei einzurichten.

Die Wahl des Abg. Gieseler (Soz.) wurde für gültig erklärt. Vorabstimmung wird morgen die Siedlungsordnung erledigt und dann Vertagung bis zum 23. Juni eintreten.

Gegen den reißenden Schiffsraub.

Was wir mindestens behalten müssen!

Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Reparationskommission eine Denkschrift überreicht, in der gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war, und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken mußte. Zugleich zeigt die Denkschrift, daß eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die innere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist. Es wird ferner statistisch dargelegt, wie viele von den eingeführten Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert worden sind und welche Mengen dementsprechend von dem jetzt verminderten, für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf künftig zur See eingeführt werden müssen. Für den Transport dieser Mengen von Rohstoffen erforderliche Tonnage wird alsdann berechnet und gezeigt, daß bei strikter Durchführung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsraum fehlen würden. In der Erwartung, daß die Hälfte hiervon irgendwie anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß, wie schon in der ersten Denkschrift beantragt, Deutschland zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen zur Übergabe an die Alliierten bestimmten Schiffsraums zunächst belassen werden müssen. Gestützt auf diese Darlegungen der Denkschrift richtet die Deutsche Regierung an die Wiedergutmachungskommission das Ersuchen, Deutschland diesen Schiffsraum zu überlassen und schlägt hierfür eine genaue Regelung vor.

Es muß nochmals, so schließt die deutsche Note, mit Nachdruck und Ernst hervorgehoben werden, daß, wenn Deutschland der geforderte Schiffsraum nicht belassen wird,

„quai spumab quibgunu ihu uuaa iijab abaz in uabunipijdaagunpurnabagagz uabunag ad bunijagz ag gvg „uagaa iijab abaz iijab in gvguipijdaagz bunuagz aauu ag qun uagabijdaagz abunag gvg

Der Völkerschacher!

Wahlergebnis in Polnisch-Westpreußen.

Das Ergebnis der Wahlen zum polnischen Reichstag (Sejm), die in Pommerellen (Westpreußen) stattfanden, liegt noch nicht vollständig vor, doch läßt sich jetzt schon feststellen, daß die Stimmen der Deutschen trotz der großen Abwanderung über Erwartung statische Biffern aufweisen. Die Wahlbeteiligung war lebhaft. In einer Reihe von Orten haben die deutschen Stimmen sogar weitaus die Mehrheit. So wurden abgegeben in Graudenz 6364 deutsche gegen 3781 polnische Stimmen, in Königsberg 2439 deutsche gegen 1717 polnische Stimmen, in Thorn Stadt betrug die polnischen Stimmen 9911, die deutschen 4918, in Thorn Land die deutschen 5666, die polnischen 13 700. Selbst in der sogenannten polnischen Kurve, die schon im Frieden 58 bis 75 % polnische Bevölkerung hatte, erreichten die deutschen Stimmen eine unerwartete Höhe. Das ganze Wahlgebiet war in zwei Kreise geteilt: Verent-Graudenz. Im Wahlkreis Verent hatten sich die deutschen auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Im Wahlkreis Graudenz gab es Listen, die der Vereinigung des deutschen Volkstums und die der deutschen Arbeitsgemeinschaft (Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten), doch sind die beiden Listen miteinander verbunden worden. Im Gegensatz zu dem übrigen Wahlkreis konnte die Arbeitsgemeinschaft nur in Graudenz Stadt eine größere Stimmenzahl erreichen: 3997 gegen 3267 der deutschen Vereinigung. Abgesehen von Graudenz Stadt ist das Stimmenverhältnis nach dem bisherigen Ergebnis folgendes: Deutsche Vereinigung 17825, Arbeitsgemeinschaft 1549 Stimmen. In Thorn Stadt fielen auf die Deutsche Vereinigung 4651, auf die Arbeitsgemeinschaft 267, in Thorn Land auf die Deutsche Vereinigung 5589 und auf die Arbeitsgemeinschaft 77 Stimmen.

Die „polnische“ Stadt am Meere.

Besonders interessant war das Wahlergebnis in der Stadt Rügen bei Danzig. Dort wurden insgesamt 1088 Stimmen abgegeben. 758 entfielen auf die deutsche, die übrigen 330 auf verschiedene polnische Listen. Die Stadt hat somit 70 Prozent deutsch gewählt. Und das ist die einzige „polnische“ Stadt am Meere und der künftige Kriegshafen Polens.

Das Hauptquartier und der Kaiser.

Wie Oberst Bauer den Kaiser absetzen wollte. Der bekannte Oberst Bauer erklärte in einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten über gewisse Vorgänge im Großen Hauptquartier u. a. „Unter den sehr irrigen Auffassungen befindet sich auch die allgemeine Fiktion, daß die Oberste Heeresleitung in Bezug auf Deutschlands Politik und militärische Maßnahmen absolut diktatorische Macht besäßen habe. Dokumentarische Beweise dafür, daß wir nicht einmal auf militärischem, viel weniger auf politischem Gebiet diktieren konnten, werden in Kürze herausgegeben werden. Die Oberste Heeresleitung war ja nur eine von den acht Instanzen, die den Kaiser umgab. Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste bitten, und auf die vitalsten Entscheidungen mußten wir mitunter wochenlang warten. Man konnte den Kaiser zu einer Entschlußfassung nicht bringen. Im Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse oder der Ausgang des Krieges sei gefährdet und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden.“ Der amerikanische Journalist fügt hinzu, daß der Plan an Hindenburgs unerschütterlicher Opposition gescheitert sei, und schildert dann, wie er Oberst Bauer in einer Stadt auf der Straße angetroffen habe. Bauer wollte jedoch nicht erkannt sein, und erst 24 Stunden später hatten Bauer und der amerikanische Journalist eine Zusammenkunft.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Verschiebung bis nach den Wahlen.

Die Vorlage über die Auseinandersetzung des preußischen Königshauses mit dem Freistaat Preußen, die zurzeit dem Rechtsausschuß der preußischen Landesversammlung vorliegt, dürfte unerledigt bleiben. Bei der Beratung in der Vollerversammlung hatten sich die bürgerlichen Parteien insgeheim auf den Standpunkt gestellt, daß die Vorlage unbedingt aus rechtlichen Gründen zur Verabschiedung kommen muß. Die Vorlage reakt bekanntlich die Ansprüche des

ehemaligen Königshauses an Schlössern und Grundbesitz und stellt ein Kompromiß zwischen den Vertretern der Krone und Preußens dar. Kommt diese Abmachung nicht zustande, so bliebe der Krone allein der Rechtsweg übrig. Der Freistaat Preußen hätte bis zur Austragung dieses Rechtsstreites, der sicherlich Jahre dauern wird, für die ehemaligen Hofbeamten einzustehen, für deren Zukunft zu sorgen die Krone nach Annahme der Auseinandersetzungsvorlage sich vorbehalten hatte. Die Demokraten haben jetzt mit Rücksicht auf die Volkstimmung nach den Rapp-Tagen abgesehen, die Vorlage in der vorliegenden Form anzunehmen. Voraussichtlich wird die Vorlage von der Landesversammlung vor ihren eigenen Neuwahlen unerledigt bleiben. Ob eine neue Vorlage vom preußischen Staatsministerium — das die alte gegen eine Stimme angenommen hatte — vorgelegt wird, ist sehr unwahrscheinlich.

Aus dem Parteileben.

Reichspräsident Ebert von seiner Berufsorganisation ausgeschlossen. Auf der Generalversammlung der Sattler und Tapezierer in Berlin wurde von den etwa 1200 Anwesenden gegen 5 Stimmen ein Antrag angenommen, den Reichspräsidenten Ebert auszuschließen wegen Unterzeichnung des Todesurteils gegen den Eisenbahner Kopp. In dem Beschluss heißt es: „Die Anwesenden können den Reichspräsidenten nicht mehr als Kollegen anerkennen, weil er entgegen allen sozialistischen Programmen, welche die Todesstrafe verwerfen, geübelt hat.“

Erzbergers Reichstagskandidatur. Die Konferenz der Bezirksleiter des Zentrums in Württemberg hat mit 30 gegen 1 Stimme die Aufstellung Erzbergers als Reichstagskandidat beschlossen. Wie dem Vorwärts weiter gemeldet wird, ist in Zürich eine Aktiengesellschaft „Allgemeine Pressenachrichten“ gegründet worden. Das Aktienkapital beträgt 500 000 Franken. Einziges Mitglied des Verwaltungsrates ist Dr. Georg Steinmarder, Rechtsanwalt in Zürich, der Generalvertreter Erzbergers. Man nimmt an, daß Erzberger hinter dieser Gründung steht.

Die sozialdemokratische Reichskonferenz ist unter Vorsitz des Abgeordneten Bartels in Berlin zusammengetreten. Dieser erklärte in seiner Eröffnungsansprache u. a.: „Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Koalitionsparteien wird im Wahlkampf eine große Rolle spielen. Wir haben diese Stellung oft genug dargelegt. Für uns ist die Koalition kein Ideal. Unter dem Zwang der Verhältnisse ist es entstanden und aufrechterhalten worden. Bringen die Wahlen eine andere Parteigruppierung, bringen sie uns eine sozialistische Mehrheit, werden wir mit Freude und mit Erleichterung von der Koalition Abschied nehmen. (Zustimmung.) Bleibt aber das Stärkeverhältnis der Parteien bestehen, so wird auch weiterhin eine Koalitionspolitik gemacht werden. (Zustimmung.) Wir werden danach streben, sie nach links zu verschieben. Eine Ausdehnung der Koalitionspolitik nach rechts käme für uns nicht in Frage. (Zustimmung.) Wir stehen jetzt vor der Wahlschlacht, und diese Konferenz soll den Auftakt dazu bilden. Es besteht bei uns keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß der Feind rechts steht. (Vereinzelte Widerspruch.)

Deutschnationale und Koalitionsregierung. Der deutschnationale Abgeordnete Laverenz erklärte auf einer Berliner Parteiversammlung: „Ob wir in eine Koalitionsregierung eintreten, will ich nicht positiv oder negativ beantworten. Aber am Wiederaufbau wollen wir mitarbeiten, wie unser Programm deutlich zeigt. Unsere Aussichten für den Wahlkampf sind gut. Wir hoffen in Berlin statt eines Abgeordneten deren drei durchzubringen.“

Reichskonferenz der Sozialdemokratie.

Berlin, 6. Mai.

Im Mittelpunkt des Interesses auf der Konferenz stand die Verteidigungs- und Anlagerecke Rostes. Er ging wie üblich scharf ins Zeug und sagte u. a.: „Ich kann es nicht gelassen, daß alle die Vorwürfe berechtigt sind, die in den letzten Monaten wie ein Hagelwetter auf mich niedergefallen sind. Es ist wieder veräußert worden, die Reichswehr zu verringern, noch sie zu säubern. Auch ich bin keinesfalls blind gegenüber gegen reaktionäre Machenschaften. Aber diejenigen, die sich heute so scharf den Mund an meiner Haut wehen, sind nicht in der Lage, die Schwierigkeiten einzuschäben, die ich zu überwinden hatte. Ich bekräftige, daß Menschenwürde veräußert worden ist, erkenne aber an, daß unsere Machtverhältnisse viel geringer waren, als unsere Parteigenossen glauben, und daß unsere Machtverhältnisse auch heute noch nicht so weit reichen, als die Kritiker annehmen. Zur Schaffung einer zuverlässigen republikanischen Truppe, insbesondere eines republikanischen Offizierskorps, war das erforderliche Material nicht vorhanden. Wo mir ausreichendes Material vorlag, habe ich durchgearbeitet.“

(Zuruf: Nein, nein!) Das habe ich doch getan, aber für jeden Reaktionär, den ich entfernte, ist leider immer ein neuer entstanden. Die Arbeiterpartei, die für die Truppe herangezogen werden sollte, hat leider in vielen Fällen veragt. Außerdem ist es erwiesen, daß die Werbearbeit zur Gewinnung von Arbeitern für die Truppe der Umstand, daß ein Teil der Arbeiterpartei die Werbearbeit seinerzeit nicht aufgenommen hat. Zum Wahlkampf übergehend, tritt Roste dafür ein, daß der Kampf in sachlicher Form, auch nach links, geführt werden müsse. Aber es sei auch notwendig, die Parteigenossen nicht in der Illusion zu erhalten, als ob in absehbarer Zeit ein Zusammengehen mit der U. S. P., das im Interesse der Arbeiterpartei natürlich lebhaft zu begrüßen wäre, möglich sein werde. Man müsse im Wahlkampf den Mut haben, die sozialdemokratische Politik gegen links zu vertreten, man müsse den Mut haben, auszusprechen, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage nur in zähen Kämpfen möglich sein werde. Man müsse auch den Mut haben, den Parteigenossen zu sagen, daß sie leider vielfach die Pflichten gegen die Allgemeinheit nicht voll erfüllt hätten.“ — Im weiteren Verlauf der Tagung sprach auch noch

Reichskanzler Müller

eingehend über Spaa, die Koalitionsregierung und vieles andere. Ferner bemerkte er: Wir uns die Wahlen keine Mehrheit, so werden wir wieder Koalitionspolitik treiben. Wir werden dann aber versuchen, in der Koalition ein noch stärkerer Faktor zu werden, als wir es jetzt sind. Aus Broschüren über den Wahlausgang will ich nicht eingehen, wohl aber einige Worte über die Regierungsbildung. Nach dem Rapp-Buch wurde eine Arbeiterregierung verlangt. Sie war auf demokratischer Grundlage nicht möglich, und daher haben wir Sozialdemokraten uns gegen sie ausgesprochen. Eine Arbeiterregierung in Deutschland wäre nur möglich gewesen, entweder unter Duldung der bürgerlichen Partei als Geschäftsgeneration bis zu den Wahlen. Ich glaube nicht, daß die bürgerlichen Parteien sich darauf eingelassen hätten. Zweitens wäre sie nur möglich gewesen unter Mitwirkung der Arbeitervertreter des Zentrums. Man würde die Partei Windhorst unterdrücken, wollte man annehmen, daß sie ihre Arbeitervertreter als Statisten in eine sozialistische Regierung hineingeschickt hätte. (Zustimmung.) Drittens war möglich, und das habe ich vorgeschlagen: Die Unabhängigen in die Koalitionsregierung aufzunehmen. Das hätte im Auslande einen ausgezeichneten Eindruck gemacht, denn dann hätten wir in Deutschland einen republikanischen Block gehabt, der unser Vertrauen im Auslande erhöht hätte. Aber die Unabhängigen haben das glatt abgelehnt. (Hörl: Hörl!) Sie wollten nicht, daß dieser republikanische Block zusammen kam. Sie wollten immer noch nach woson. — Die Tagung endete mit einem Salutwort Scheidemanns.

Reichs- und Provinziales.

Selver, den 8. Mai.

Auslegung der Wählerlisten.

Der Reichsminister des Innern hat durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung angeordnet, daß die Wählerlisten und Wahlkarten vom Sonntag, den 9. Mai bis Sonntag, den 16. Mai ausgelegt werden müssen. Vor der Auslegung der Wählerlisten haben die Gemeindevorstände bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten erhoben werden können. Die Bekanntmachung hat spätestens am 8. Mai zu erfolgen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind spätestens am 16. Mai bei der zuständigen Gemeindebehörde einzulegen.

Immer neue Neuerungen bei der Post. Änderungen der Postordnung bestimmen u. a., daß der neu eingeführte Zuschlag von 10 Pf. auf jede postlagernde Sendung mit der Freigebühr zu entrichten ist. Ein Postlagerbrief ist demnach mit 50 Pf., eine Karte mit 40 Pf. frei zu machen. Die neue Postlagergebühren von 30 Pf. für jeden Tag wird z. B. erhoben für postlagernde Pakete, unbestellbar zu meldende Pakete und Nachnahmepakete, für die Frist verlangt wird. Der Tag des Eingangs des Pakets und der folgende sowie der der Auslieferung, Sonntage und allgemeine Feiertage nicht gerechnet. Die Gebühr muß der Empfänger bezahlen, sonst wird die Sendung als unbestellbar behandelt. Der Absender kann aber durch einen Vermerk auf der Paketkarte und dem Paket verlangen, daß die Sendung ihm nach Ablauf der Lagergebührenfrist zurückgeschickt werde. Auf den Postsendungen „durfte“ bisher der Absender seinen Namen, Stand und Wohnort nebst Wohnung vermerken. Jetzt „soll“ er dies tun. Auf Wäcken, Paketen, Bahnhofsbriefen und Briefen mit Zustellungs-urkunde muß dies geschehen.

Der wandernde sauerländische Wald. Ja, unser sauerländische Wald beginnt zu wandern, sogar in Massenvandern. Früher suchten die Erholungs-

Die wahre Liebe opfert sich.

Roman von Erich Friesen.

18 Nachdruck verboten! Und Madame entfaltete einen kostbaren Fächer und bewegte ihn aufgeregt vor dem erhitzten Gesicht hin und her. Fritz Landvogt schwieg eine Weile. Dann sagte er voll erregten Vorwurfs: „Ich begreife nicht, wie man mit den heiligsten Gefühlen zweier Menschenherzen derart umgehen kann!“ „Ah, das — heiligste Gefühl! Werde doch nicht sentimental, mein teurer Herr Vetter!“ Und ihrer Gewohnheit entsprechend, sobald sie ärgerlich war — trommelte sie mit den Fingern auf dem Schreibtisch herum. Der junge Rechtsanwalt blickte auf diese kleine nervöse Hand mit den langen spitzen Nägeln. Und er hatte plötzlich die Empfindung, als wäre es die Krallen eines Raubvogels, die sich nach einem unschuldigen Lämmchen ausstreckte, um ihm das Herz aus dem Leibe zu reißen. „Was wünschst du also von mir?“ fragte er merklich lächelnd, sich in seinem Stuhl zurücklehnd. „Du bist doch nicht nur gekommen, um mir diese Mitteilung zu machen?“ „Ah —“ lachte Madame Solo grell auf. „Endlich redest du vernünftig. Natürlich brauche ich deine Dienste in der Sache.“ „Umwiefern?“ „Du sollst dem Mädchen die Geschichte aus dem Kopf reden. Sollst du dafür sorgen, daß sie meinen Herrn Stiefsohn heiratet!“ „Ach?“ „Nun ja — du! Sie hält viel von dir. Außerdem hast du als Rechtsanwalt das Wort in der Gewalt — du wirst es erreichen.“ „Was denkst du von mir! Niemals gebe ich mich zu so etwas her!“ „Nicht —?“ Madame stand auf. „Du wirst nicht? Und ich glaube, dir sogar damit eine Gefälligkeit zu erweisen. Wenn Ruth Deleusen Hans-Joachim von Treßow heiratet, so ist sie frei für einen andern.“

„Volo!“ „Ich meine natürlich nicht zum Heiraten — dazu wärest du mir denn doch zu alt — aber...“ Empört sprang Fritz Landvogt auf, während seine Cousine, den Kopf etwas zur Seite geneigt, ihm aus halb geschlossenen Augen anblickte, den Effekt ihrer Worte beobachtend. „Nun, nun! Ermüde mich nur nicht gleich mit deinen Augen!“ versuchte sie zu spötteln, obgleich es ihr doch etwas unheimlich wurde unter seinem verächtlichen Blick. „Wenn du nicht willst — dann eben nicht. Ich werde auch ohne dich mein Ziel erreichen, verlaß dich drauf!“ Auf Wiedersehen, teurer Herr Vetter! Ich erwarte dich morgen zum Mittagessen. Aber nicht zu spät! Wir haben achtundzwanzig Froschkäulen mit Trüffelsauce. Auf Wiedersehen!“ Ein kurzes Kopfnicken — ein leises Aufschauen — und Madame Solo war hinausgestiegen. Dr. Fritz Landvogt blickte mit einer Art Entsetzen nach. Wie mechanisch fuhr er sich mit der Hand über die Stirn. Bisher hatte er seine Cousine noch immer für eine antwortlose, wenn auch eitle, oberflächliche und leichtlebige Frau gehalten. Jetzt zum erstenmal hatte sich ihm ihr Charakter in seiner vollen Größe offenbart. „Arme Ruth!“ Doch er hatte nicht Zeit, weiter darüber nachzudenken. Was ging ihm die Sache schließlich auch an? Hans-Joachim würde seine Braut schon selbst von allen Einflüssen — er war ganz der Mann dazu. Und Fritz Landvogt setzte sich wieder an seinen Schreibtisch und begann, in den Aktenstößen herumzuwühlen. Sein energisches, glattrasiertes Gesicht mit der kühnen gebogenen Nase und dem scharf hervorstechenden Kinn erschien wieder so unerschütterlich, wie vor Madame Solos Besuch.

VII.

Ruth Deleusen selbst fühlte sich tief unglücklich über die peinliche Lage, in die sie durch ihre Unvorsichtigkeit geraten war. Sie hatte sich so fest vorgenommen, stark zu sein und durch keinen Blick, durch kein Wort zu verraten, wie nahe Hans-Joachim ihr stand. Aber als sie vorgestern Abend noch Monaten den Mann plötzlich und unerwartet wieder sah, dem sie ihr

Herz geschenkt, dem sie noch in Nacht und Tag immer noch den Altar zu eigen geben wollte — da war es plötzlich heiß in ihr aufgewallt vor Sehnsucht, wenigstens für kurze Zeit seine liebe Hand in der ihren zu halten, den Kopf an seine Brust zu legen in dem beseligenden Bewußtsein: „Du bist nicht allein auf der Welt! Du hast jemanden, den du über alles liebst, dem auch du das höchste Kleinod bist!“ Nur dieses eine Mal. Dann wollte sie ihm wieder kühl freundlich begegnen, wollte sie ruhig ausharren, bis zu dem Tage, an dem er sie zu seinem Weibe machen würde. Wie hätte sie ahnen können, daß gerade an diesem Abend die Baronin früher aus dem Theater nachhause zurückkehren würde, weil irgend etwas dort ihrer Kanne nicht behagte! Wie besorgt hatte sich Ruth gefühlt, als ihre Herrin sie in der ihr eigenen rücksichtslosen Art herunterstieß wie ein ungezogenes Kind — ja mehr noch, wie eine abgefeimte Klette, die hinter dem Rücken ihrer Geheilerin eine Kriechleiter mit deren Stiefsohn angehängt hatte. Dabei vermochte Ruth in ihrem strengen Gerechtigkeitsgefühl nicht einmal der Baronin Unrecht zu geben. Ruthie nicht sowohl sie, wie Hans-Joachim in jenem Lichte vor ihr erscheinen? Ruths Stolz empörte sich plötzlich gegen die Rolle, die sie nun schon seit Monaten spielte, die sie noch viele Monate weiter spielen mußte — sie, sonst die Offenheit und Ehrlichkeit selbst! O, wie verlangte es sie nach einer Aussprache mit dem geliebten Wanne! Aber sie wagte nicht, eine neue Begegnung herbeizuführen, da sie mit Nicht annehmen, daß die Baronin sie von neuem scharf beobachten werde. Sie hatte Hans-Joachim seit vorgestern Abend nicht wiedergegesehen. Sie wollte nicht, was nun werden sollte. Sie fragte sich, in diesem Zustand der Ungewißheit nicht lange würde ertragen können. Was tun? Was tun? ... Wie gewöhnlich, war auch am heutigen Abend die Baronin Solo v. Berthold auf irgend einem Fest. Oder in irgend einem Theater. Ruth wußte nicht, wo. Madame war überhaupt seit jenem Abend überaus ungnädig zu ihrer Gesellschafterin. Jedenfalls war sie fort und Ruth konnte mit ihrer Zeit anfangen, was sie wollte.

(Friesen folgt)

Amt Halver.

Ware Nr. 2.

Warenkarte: 125 gelb.

Verkaufszeit vom 11. Mai bis 17. Mai 1920.

Verkaufsplan:

a) Gemeinde Halver:

801—1200 u. 1901—2220 Emil Dahlhaus, Halver
2221—2400 C. Goes, Schwenke
1401—1540 Mag. Laiffe, Oberbrügge
1541—1620 Wm. Otto Sager, Echinghausen
1901—1900 Rudolf Johann, Carthausen

b) Gemeinde Schalksmühle:

401—600 Gustav Krampe, Schalksmühle.
Kunden der Konsumvereine kaufen dort, wo sie eingetragen sind.

Einheit: 195 Gramm. Preis: 0,32 Mk.

Amt Rierspe.

Reichstagswahllisten.

In Ausführung des Erlasses des Ministers des Innern vom 22. April d. Js. wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Reichstagswahllisten der Gemeinden Rierspe und Rönshohl, erstere im Amtshaus Zimmer 4, letztere bei Gemeindevorsteher Müller in Bärhausen acht Tage lang und zwar

vom 9. bis 16. Mai 1920 zu jedermanns Einsicht aus-
gelegt sind.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum 16. Mai 1920 bei den Gemeindevor-
ständen von Rierspe bezw. Rönshohl schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptung nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweis-
mittel beizubringen.

Rierspe, den 6. Mai 1920.

Rönshohl,

Der Amtmann:

Giltebrandt.

Die Gemeindevorsteher:

Reppel, Müller.

Bekanntmachung.

Die Hundesteuerhebelisten der Gemeinden Rierspe und Rönshohl für das Steuerjahr 1920 liegen vom 7. bis 20. Mai ds. Js. zur Einsichtnahme der Beteiligten

a) für die Gemeinde Rierspe im Amtshaus Zimmer 2,

b) für die Gemeinde Rönshohl bei dem Gemeindevor-
steher Müller in Bärhausen
offen.

Rierspe, den 4. Mai 1920.

Rönshohl,

Der Amtmann:

Giltebrandt.

Der Gemeindevorsteher

Müller.

Bekanntmachung.

Die vor oder während des Krieges fällig gewordenen Geldforderungen im Sinne der Art. 296 und 72 des Friedensvertrages von Versailles, sowie deutschen juristischen Personen und Gesellschaften anderer Art gegen Staatsangehörige oder Gesellschaften einer gegnerischen Macht: Großbritannien (mit Einschluß der Kolonien, Protektorate, Dominions und Indien, aber ohne Ägypten und südafrikanische Union), Frank-
reich mit Elsass-Lothringen (bei diesem ehemaligen Reichsland Forderungen vor dem 11. November 1918) und den Kolonien, Belgien mit Kongo, Italien und Siam müssen nunmehr bis spätestens zum 1. Juni 1920 neu angemeldet werden.

Forderungen gegen Staatsangehörige anderer Mächte sind vorläufig noch nicht wieder anzumelden.

Die Anmeldebogen und Anmerkungen sind durch unsere Geschäftsstelle zu beziehen, der bei der Bestellung dieser Drucksachen mitzuteilen ist, wieviele Schuldner im ganzen in den oben genannten Ländern in Frage kommen.

Lüdenscheid, den 6. Mai 1920.

Handelskammer zu Lüdenscheid

E. Nolte, Dr. H. Schmalenbach,

Vorsitzender.

Syndikus.

Der Zinsfuß für Spareinlagen be-
trägt vom 7. Aug. 1920 ab 3%.

Die Sparkassen des Kreises Mena
und der Stadt Lüdenscheid.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und
Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

besorgt ohne Preisaufschlag die

Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers, Halver.

Die Verlobung unserer Tochter
Bertha mit Herrn Dr. med. Hermann
Köster beehren wir uns ergebenst an-
zuzeigen.

Josua Beß und Frau
Clara geb. Westphal.

Schwelm.

Bertha Beß
Hermann Köster

Verlobte.

Schwelm

Barmen

Mai 1920.

Stadt Karlen.

Elärchen Bornesfeld
Rudolf Voß

Verlobte.

Halver, im Mai 1920.

Frik Küper
Ida Küper

verwählte Küper geb. Feld

Vermählte.

Halverscheid

Nieder-Berweg

8. Mai 1920.

Eltern! Adoptiveltern!

Tretet am Sonntag, den 9. Mai geschlossen zur Wahl an.

Wählt die Listen!

Für Halver, Vorschule: Rob. Klisch, Rottenführer, Berlinerstr.

Für Halver, Westschule: Frik Schulte, Schlosser, Kölnerstr.

Für Heesfeld: Julius Gräterich, Bäcker, Elen.



Gemischter Chor „Eintracht“
und Damenchor
Burschhausen

Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr
im Lokale des Herrn Carl Werthmann, Burschhausen
Konzert mit nachfolgendem Ball.
Eintritt zum Konzert 2,50 Mk., Ball 2,50 Mk.
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.
Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt.

Heu = Verkauf.

Erhalte in den nächsten Tagen einige Waggon
erstklassig. Alee- u. Wiesenheu.

Ab Waggon Schalksmühle:

Aleeheu 3tr. 62.— Mk. Wiesenheu 3tr. 57.— Mk.
Besende auf Wunsch auch Waggonen zu ermäßigten
Preisen nach auswärts. — Bestellungen nimmt entgegen

Rob. Zapp, Schalksmühle,
Telefon 140.

Dieselbst steht zum Verkauf:

1 Brauerewagen 100 Ztn. Tragkraft mit Patentachse,
1 Brauerewagen 60 Ztn. Tragkraft, 1 Gisdwagen,
sehr leicht, gut geeignet als Bäckerei-, Färberei- und
Flaschenbier-Wagen, 1 Gig und 1 Jagtkarre.

Sämtliche Wagen sind gut erhalten, teilweise gefirnisht
und lackiert und sehr preiswert.

Weißes

Seidenpapier

.. :: jedes Quantum :: ..

sofort lieferbar.

L. Meyer, Lüdenscheid,

Knapperstr. 45. Fernsprecher 439.

Amt Lüdenscheid.

Bekanntmachung.

Vom 5. ds. Mts. ab be-
trägt der Verkaufspreis für
Bauernbutter

Klasse I Mk. 10,—

Klasse II Mk. 9,50

für das Pfund

Lüdenscheid, den 5. Mai 1920.

Der Amtmann: Krumm.

Suche ein ordentliches

Mädchen.

Frau Alb. Niebuhr,
Halver, Berlinerstr. 33

Suche für meinen einfachen
Haushalt ein tüchtiges

Mädchen.

Gute Behandlung und Ver-
pfllegung zugesichert.

Frau Ferdinand Turk,
Lüdenscheid, Knapperstr. 1.

Galanterie- und Schreib-
warengeschäft sucht für sofort
oder zum Herbst

Lehrmädchen

mit guter Schulbildung.

Briefl. Angebote unter X.
500 an die Geschäftsstelle
des Allg. Anz., Halver.

Suche zu sofortigen Ein-
tritt einen tüchtigen

Breitemeister

für Schaufeln und Spaten

(Eisdruckhammer Bege)

Peter Seiffinghaus,

Dahlebrück.

Mehrere gebrauchte, gut

erhaltene

Nähmaschinen,

sowie einige

Fahrräder

mit Freilauf, neuer Ver-
nichtung und prima neuer
Gummibereifung stehen billig
zum Verkauf.

Joachim & Diebel,

Rierspe-Bhl., Hauptstr. 664

Neue und gebrauchte

Pianos

Flügel - Harmoniums
sind noch in grosser An-
zahl vorrätig. Freie Liefe-
rung auch zu bequemen
Bedingungen.

Roth & Junius

Piano- und Flügelbau,
Hagen W, Bahnhofstr. 29.

2. Fabrik: Berlin S 42.

Gold. Ausstellungspreise.

Staatmedaille. 497

Schreib-Maschinen

Schäftsstr. für 1200 M. u. 2500
M. f. v. verk. Schäfer, Nürnberg
unt. Schmiedgasse 6.

Bin Montag mit einer
Auswahl

Ferkel

bei Wirt Boesette in Rade-
bornmold anwesend.

H. Wader, Wintershausen.

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

an haben bei

Turn- und Sport-
Berein Halver
e. V.
gegr. 1848.

Am Himmelfahrtstage
Familien-Ausflug
nach Grünenbaum. Dortselbst
Turn- und Renspiele,
nach vorherigem Stoffettenlauf.
Abmarsch vom Vereins-
lokale nachmittags 2 Uhr.
Die Käufer der Staffette
treten pünktlich 1 Uhr im
genannten Lokal an.
Der Vorstand.

Berein zum Schutz für
Handel und Gewerbe
für das Amt Halver e. V.

Montag, den 10. d. Mts.
abends 7 Uhr im Gasthof
zur Post

Generalversammlung.

Tagesordnung wird bekannt-
gegeben. Das Erscheinen sämt-
licher Mitglieder ist dringend
erwünscht.

Der Vorstand.

Kranken- und Sterbekasse
Halver.

Sonntag, den 9. Mai

Quartal-Auflage.

Um pünktliche Zahlung der
Beiträge ersucht

Der Vorstand.

Suche einen

jungen Mann,

der die Landwirtschaft ver-
steht.

Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle des „Allgemeinen
Anzeigers“, Halver.

Erhalte nächste Woche

ostfriesische Schaflämmer.

Bitte um frühzeitige Bestellung.

Wilh. Clever, Rierspe-Bhl.

Garantiert reine

Rauchtabake

in verschiedenen Preislagen

empfiehlt

Frik Hermann Bohmer,

Schalksmühle.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 9. Mai

Vorm. 9 1/2 Uhr Abendmahls-
feier: Pastor Dr. theol.

Dresbach.

Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt

Pastor Dr. Große-Dresselhaus

Vorm. 11 1/2 Uhr: Kinder-

gottesdienst.

Mittwoch abend 8 Uhr:

Kirchlicher Besonnenchor.

Donnerstag (Himmelfahrtstag)

Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt

Pastor Dr. Große-Dressel-

haus.

Christl. Gemeinschaft Halver.

Berlinerstrasse 27a.

Sonntag, den 9. Mai.

Morgens 10 Uhr: Erbauungs-

stunde.

Abends 8 1/2 Uhr: Bibl. Vortrag

Prediger Schütz aus Schalks-

mühle.

Donnerstag (Himmelfahrtstag)

Morgens 10 Uhr: Erbauungs-

stunde.

Samstag abend 8 1/2 Uhr:

Mitlang-Gebetsstunde.

Katholische Gemeinde Halver.

Sonntag, den 9. Mai.

7 1/2 Uhr: Frühmesse

10 Uhr: Hochamt

2 1/2 Uhr: Andacht.